Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

10 (13.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 10 — Mittwoch, den 13. Januar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Aeltestenrat des Reichstages wurde die Einberufung des Reichstages am Dienstag abgelehnt gegen Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationale.

*

Die Absage des deutschnationalen Führers an den Reichskanzler zur Reichspräsidentenwahl wird veröffentlicht. Hitler übersandte Hindenburg eine Denkschrift. Nun soll zunächst die Frage einer Volkswahl geklärt werden.

*

Das französische Kabinett ist am Dienstag formell zurückgetreten. Laval versucht Herriot zu gewinnen.

*

Die schwebende Schuld des Reiches betrug am 31. Dezember 1912 Millionen RM. gegenüber 1746 Millionen am 30. November 1931.

*

Die „Grüne Front" veröffentlicht einen neuen Notruf unter Hinweis auf den Preissturz für Vieh und Molkereierzeugnisse.

•

In Guatemala-Stadt haben Verhandlungen zwischen den Vertretern von Guatemala, Nikaragua, Honduras, Kostarika und Salvador begonnen, die die Schaffung einer mittelamerikanischen Republik auf der Grundlage der gemeinsamen Rasse, Geschichte und Religion zum Ziele haben.

•

Der Reichskanzler berichtete Dienstag nachmittag dem Reichspräsidenten über seine Fühlungnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten. Aufgrund dieses Vortrages hat der Reichspräsident den Reichskanzler gebeten, von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.

•

Wie aus Paris gemeldet wird, scheint sich die französische Regierung bei den Verhandlungen mit den englischen Finanzsachverständigen bereit erklärt zu haben, das Moratorium um zwei Jahre zu verlängern.

•

Die Mailänder „Popolo d'Italia" veröffentlicht einen Artikel, der allem Anschein nach von Mussolini selbst verfaßt ist, in dem es heißt, daß die Lausanner Konferenz unbedingt mit den Tributzahlungen und den Kriegsschulden Schluß machen müsse. Der Artikel hat in der faschistischen Presse starken Wiederhall gefunden.

•

Adolf Hitler hat dem Reichskanzler in einem weiteren Schreiben mitgeteilt, daß er die Gründe, die die N.S.D.A.P. zu ihrer bekannten ablehnenden Haltung in der Präsidentschaftswahl veranlaßt haben, in einer eingehenden Darstellung dem Kanzler umgehend zustellen werde.

•

Der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, hat am Dienstag Berlin verlassen und ist nach München abgereist.

•

Der englische Botschafter von Neurath hatte am Dienstag abend nach seiner Rückkehr aus Berlin mit dem englischen Außenminister eine Unterredung, in der die Erklärung des Reichskanzlers erörtert wurde.

Die englisch-französischen Verhandlungen

Paris, 12. Jan. Nachdem bereits der „Petit Parisien" mitgeteilt hat, daß bei den **englisch-französischen Sachverständigenverhandlungen eine Einigung nicht zustande gekommen ist**, stellt jetzt der „Matin" den Stand dieser Verhandlungen wie folgt dar: Sir **Leith-Roß** hat dieselbe Argumentation, die er vor etwa einem Monat vorgetragen hatte, wieder aufgeworfen und seinen französischen Kollegen die **Vorteile, die eine französisch-englische Verständigung über den Antrag auf allgemeine Schuldenstreichung mit sich bringen würde, vor Augen zu führen gesucht.** Aber man hat ihn daran erinnert, daß, wenn auch das Ergebnis der Konferenz für England negativ wäre, das gleiche nicht für Frankreich gelten könne. **Eine allgemeine Schuldenstreichung, die jeden Versuch einer Kommerzialisierung der Reichsbahnobligationen ausschließe, würde für Frankreich ein großes Opfer bedeuten. Deshalb könne Frankreich die Diskussion unter diesem Gesichtspunkte nicht in Angriff nehmen.** Die Meinungsverschiedenheiten über die **Dauer des Moratoriums**, das Deutschland bewilligt werden soll, sind erklärt „Matin" weiter, nicht beseitigt worden. **England verlangt ein fünfjähriges Moratorium, während die französischen Sachverständigen der Interpretierung des Baseler Berichtes getreu für ein ein- oder zweijähriges Moratorium plädierten.**

Keine Amtsverlängerung durch den Reichstag

Nach dem Verlauf der Ereignisse der letzten fünf Tage dürfte es nicht mehr zweifelhaft sein, daß der von den Ministern Dr. Brüning und Gröner eingeleitete Versuch, die **Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg durch einen Beschluß des Reichstages unbefristet verlängern zu lassen** im Sinne einer neuen siebenjährigen Amtsperiode (wobei es dem Präsidenten freigestellt sein sollte, zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt freiwillig zurückzutreten), nicht durchgedrungen ist. Die Haltung des deutschnationalen Parteiführers Dr. Hugenberg war von Anfang an ablehnend. Wesentlich bleibt, daß Hitler von Anfang an einer Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten grundsätzlich nicht widersprochen hat. Er hat sich auch bemüht, nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als wolle er eine zustimmende Haltung von der Annahme politischer Bedingungen abhängig machen, — aber am Ende hat eben doch die Taktik Hugenbergs den Ausschlag gegeben, der offenbar mit Erfolg die These verfocht, eine Billigung der Amtsverlängerung durch den Reichstag würde einer Unterstützung des Kabinetts Brüning gleichkommen. In dieser Richtung war, wie schon erwähnt, der deutschnationale Angriff eingesetzt. Hugenberg bekämpfte Dr. Brüning, weil er nicht als Widersacher Hindenburgs auftreten wollte.

Dazu schreibt die „Frankfurter Zeitung", daß die Einleitung und Durchführung der Aktion der Reichsregierung vielleicht in manchen Einzelheiten nicht ganz durchdacht war, aber schließlich wird man um den einen oder anderen Regiefehler nicht rechten dürfen, weil es sich ja um den begrüßenswerten Versuch handelte, dem deutschen Volke in diesen entscheidungsvollen Wochen einen von Leidenschaften erfüllten Präsidentenwahlkampf zu ersparen und darum noch vor der Konferenz von Lausanne durch eine Bestätigung Hindenburgs im Amte die Autorität der Reichsregierung sichtbar zu stärken. Bei diesem Bestreben kann sie den von ihr ins Auge gefaßten Weg, der eine Entscheidung in wenigen Tagen gebracht hätte, nicht gehen, weil der eine Führer der „nationalen Front", Herr Hugenberg, aus parteipolitischen Gründen einer klaren Entscheidung für Hindenburg auswich und der andere Führer der „nationalen Front", Herr Hitler, zu nachgiebig war, um einer besseren Einsicht, der er zuneigte, zu folgen. Aber wenn auch die Reichsregierung, so bedauerlich es sein mag, die parlamentarische Lösung nicht verwirklichen kann, so hat sie in der Sache — und dies allein kann für die Beurteilung ihrer Aktion von ausschlaggebender Bedeutung sein — ihr Ziel erreicht: **die Wiederwahl Hindenburgs.** Wie man nämlich hört, besteht die zwischen den Herren Hugenberg und Hitler erzielte Einigung darin, daß sie in zwei getrennten Briefen mitteilen wollen, sie könnten wegen ihrer **verfassungsrechtlichen Bedenken einer Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch den Reichstag nicht zustimmen.** Zweifelhaft ist noch, ob sie auch gleichzeitig ihre Bereitschaft aussprechen, die Unterstützung einer Kandidatur Hindenburgs bei einer Volksabstimmung ihren Anhängern zu empfehlen.

•

Berliner Blätterstimmen zur Antwort

Berlin, 12. Jan. Die „**Germania**" schreibt, es ist auf keinen Fall stichhaltig, wenn sich die Führer der Oppositionsparteien auf verfassungsrechtliche Bedenken zurückziehen da doch die bisherigen Bemühungen des Kanzlers, eine parlamentarische Basis zu schaffen, bekanntlich gerade darauf hinausliefen, eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit im Reichstag zu schaffen die also in keinem Falle gegen die Verfassung verstößt. Es liegt doch hier wohl ein Eingeständnis vor, daß für die Führer der Opposition **taktische Erwägungen maßgebend gewesen sind.** Jedenfalls wird auch die Volkswahl, wenn sie unter der einheitlichen Parole „Hindenburg" erfolgen wird, dem deutschen Volke die große und verantwortungsvolle Gelegenheit bieten, vor aller Welt zu manifestieren, daß es über alle Meinungsverschiedenheiten hinaus gerade in dieser Frage nur einen deutschen Willen gibt.

Die „**Vossische Zeitung**" ist der Auffassung daß Hugenberg und nicht zum Geringsten unter dessen Einfluß auch Hitler, diese Aktion nur aus einem engen parteipolitischen Gesichtspunkt zu beurteilen vermocht hätten. Es sei erstaunlich, wie wenig Hugenberg es zu verhüllen vermocht habe, daß er die parlamentarische Lösung nur deswegen bekämpfe, weil sie von Brüning angeregt worden sei.

Das „**Berliner Tageblatt**" bezeichnet die Ablehnung als „nicht überraschend". Es sieht in ihr einen Affront gegen den Reichspräsidenten, wie er kaum schwerer denkbar sei.

Der „**Vorwärts**" nennt Hitler und Hugenberg „hindenburgischer als Hindenburg, republikanischer als die Republikaner". Das Blatt teilt außerdem mit, daß die Sozialdemokratie jetzt eine übereilte Festlegung in der Kandidatenfrage vermeiden müsse.

Die „**Deutsche Allgemeine Zeitung**" bezeichnet es als „höchste Zeit", daß die Frage der Präsidentenwahl vor weiteren abgeschmackten parteipolitischen Auseinandersetzungen bewahrt werde.

Die „**Börsenzeitung**" spricht von einem schweren politischen Mißerfolg Brünings.

Der „**Tag**" äußert, daß es für die „nationale Opposition" unmöglich gewesen wäre, in einer so wichtigen Frage eine Aenderung der Verfassung vorzunehmen und damit noch eine Vertrauenskundgebung für die Politik des Reichskanzlers zu verbinden, worauf praktisch die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch den Reichstag hinausgelaufen wäre.

*

Die nationale Opposition antwortet

Die Antwort Hitlers

Abschluß der Aktion des Reichskanzlers

Berlin, 12. Jan. Wie wir erfahren, hat Adolf Hitler seine Antwort auf die Frage wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten in Form einer längeren **Denkschrift dem Reichspräsidenten direkt, nicht aber der Reichskanzlei übermittelt.** Sie enthält eine ausführliche Darlegung der juristischen Bedenken, die nach nationalsozialistischer Auffassung einer Lösung auf parlamentarischem Wege von der verfassungsrechtlichen Seite her entgegenstehen. Ein glattes Nein enthält die Antwort wohl nicht. Vor allem glaubt man in politischen Kreisen ihr aber entnehmen zu dürfen, daß auch die Nationalsozialisten sich kaum einer Volkswahl auf breiter Basis entgegenstellen würden. Das läßt sich vielleicht schon daraus erkennen, daß Hitler seine Auffassung dem Reichspräsidenten direkt übermittelt und die Volkswahl offengelassen hat. **Der Reichspräsident hat den Reichskanzler nunmehr gebeten, von weiteren Verhandlungen abzusehen. Damit ist die Aktion Dr. Brünings nunmehr abgeschlossen.** Von welcher Seite der der Faden jetzt weitergesponnen wird, muß man abwarten. In politischen Kreisen rechnet man jedoch sicher damit, daß es nun zu der Volkswahl Hindenburgs auf breiter Basis kommen wird. Es ist zu erwarten, daß in parlamentarischen Kreisen schon bald eine entsprechende Fühlungnahme erfolgt.

•

Die Antwort Hugenbergs an den Reichskanzler

Berlin, 12. Jan. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. **Hugenberg**, hat dem Reichskanzler folgendes Schreiben übermittelt:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler:

Sie legten mir gestern die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlage der **parlamentarischen Verlängerung des Amtszeit des Herrn Reichspräsident**, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, stelle. Sie, Herr Reichskanzler, könnten diese Frage nicht aufgerollt haben, wenn Sie dabei nicht des Einverständnisses des Zentrums und der SPD. sicher gewesen wären. Es sind dies die Parteien, die seiner Zeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalt dieser Parteien treten Sie jetzt an uns heran, die wir einst seine Wahl angeregt und durchgesetzt haben. Sie begründen Ihr Vorgehen mit der außenpolitischen Notwendigkeit, einer Stärkung der „Stabilität" der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch **die zähe Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen, hinter der keine Mehrheit des Volkes steht.** Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauenskundgebung für den Herrn Reichspräsidenten. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands gerade durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung gestärkt wird, deren Vergangenheit es ihr erschwert, dem veränderten Willen des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber glaubhaften Ausdruck zu geben.

Sie, Herr Reichskanzler, erstreben die Wiederwahl auf dem Wege der Beschlußfassung des Parlaments. **Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar vom Volke aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, liegt umso weniger Anlaß vor, als der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.**

Als die alten Anhänger des nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Hineinziehung in parteimäßige und parlamentarische Erörterungen der verfassungsrechtlichen Stellung mit dem hohen Ansehen nicht gerecht wird das der Herr Reichspräsident im deutschen Volke genießt. Diese Tatsache wird durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit bedauerlich verstärkt. Der parlamentarische Wahlakt würde als eine Vertrauenskundgebung weniger für den Herrn Reichspräsidenten, als für die von uns bekämpfte Politik und insbesondere die Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen nunmehr endgültig **mitteilen, daß eine Billigung oder Unterstützung ihres Vorhabens für uns nicht in Frage kommen kann.**

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener gez. (Unterschrift.)

•

Der „Völkische Beobachter" zu dem Beschluß Dr. Hugenbergs und Hitlers

München, 12. Jan. Der „Völkische Beobachter" äußert sich zu der Ablehnung des Vorschlages des Reichskanzlers, eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag herbeiführen zu lassen. Er sagt u. a., die überraschende Hereinziehung der Person des Feldmarschalls v. Hindenburg in die innerpolitische Atmosphäre habe einen ungünstigen Eindruck gemacht. Mit gutem Grunde hätte sich das Blatt während der Verhandlungen absolut zurückgehalten, und es tue das auch heute noch. Lediglich derjenigen Presse gegenüber, die jetzt aus agitatorischen Gründen gegen die Nationalsozialisten Lärm schlage, müsse gesagt werden, daß die Verantwortung für den Mißerfolg der Aktion von den Urhebern dieser Aktion selber zu tragen sei. Deren Sache sei es die Aktion zu verantworten und die Konsequenz aus ihrer Niederlage zu ziehen.

Die Bayerische Volkspartei zur Präsidentenwahl

Berlin, 12. Jan. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nahm am Dienstag einen ausführlichen Bericht ihres Vorsitzenden über die außen- und innenpolitische Lage entgegen, an den sich eine mehrstündige Aussprache schloß. Dabei stellte die Fraktion mit Genugtuung fest, daß die Stimmen der Wähler der Bayerischen Volkspartei vor sieben Jahren den Ausschlag für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten gegeben hätten. Um so lebhafter sei es zu bedauern, so heißt es in der parteiamtlichen Mitteilung, daß der Versuch der Reichsregierung, durch verfassungänderndes Gesetz eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten herbeizuführen, durch den Widerspruch der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gescheitert sei. Das sei gerade angesichts der bevorstehenden überaus wichtigen außenpolitischen Verhandlungen unbegreiflich.

*

Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten

Berlin, 12. Jan. Der Reichspräsident empfing am Dienstag nachmittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag, der über seine Fühlungnahme über eine parlamentarische **Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag** berichtete. Auf Grund dieses Vortrages **hat der Reichspräsident den Reichskanzler, von einer Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung Abstand zu nehmen.**

Die amtliche Mitteilung über den Bericht Brünings bei Hindenburg

T.U. **Berlin**, 12. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag den Herrn Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag. Der Reichskanzler berichtete dem Herrn Reichspräsidenten über seine Fühlungnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch den Reichstag. Aufgrund dieses Vortrages bat der Herr Reichspräsident den Reichskanzler, von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.

Die Wiederwahl Hindenburgs muß vom Volke ausgehen

T.U. **Berlin**, 12. Jan. Nachdem die Bemühungen Brünings um eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten endgültig gescheitert sind, wird es sich nun darum handeln, eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl vorzubereiten. An den zuständigen Stellen steht man auf dem Standpunkt, daß hierfür Bemühungen von irgend welchen amtlichen Stellen unangebracht sind und daß nunmehr alle weiteren Maßnahmen aus dem Volke selbst kommen müssen. Man hält hierfür die Bildung eines Ausschusses für zweckmäßig, wie er bereits seinerzeit bei der ersten Wahl Hindenburgs gebildet wurde. Welche Persönlichkeiten für die Bildung eines solchen Ausschusses in Frage kommen und wer die Führung dieses Ausschusses übernehmen soll, muß den Verhandlungen der in Frage kommenden Stellen überlassen bleiben. Man hält hierfür besonders überparteiliche Personen und Organisationen für geeignet.

Ein Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler Brüning

T.U. **Berlin**, 12. Jan. Hitler hat nach seinem Brief an den Reichspräsidenten am Dienstag noch folgenden Brief an den Reichskanzler Brüning gerichtet:

„Berlin, abends den 12. Januar 1932.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsinnenminister, General Groener, mit, es bestünde die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischem Wege zu verlängern, bezw. den Reichspräsidenten durch eine ⅔-Mehrheit des Reichstages neu wählen zu lassen. Reichsinnenminister Groener bat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben.

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die N.S.D.A.P. bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der Nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab. Die verfassungsrechtlichen außen- und innenpolitischen, sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener Adolf Hitler."

Dieser Brief wurde im Auftrage Adolf Hitlers noch um 9 Uhr in der Reichskanzlei dem Herrn Reichskanzler Dr. Brüning durch Hauptmann a. D. Goering überreicht.

Einberufung des Reichstags abgelehnt

Berlin, 12. Jan. Der Aeltestenrat des Reichstags hatte sich am Dienstag wiederum mit einem kommunistischen Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstages zu beschäftigen. Von deutschnationaler Seite wurde der Zusammentritt des Reichstags gleichfalls verlangt zu dem Zwecke, die außenpolitischen und Reparationsfragen zu beraten. Beide Anträge wurden jedoch gegen die 229 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt.

In der Aussprache trat das **Deutsche Landvolk** zwar für den deutschnationalen Antrag ein, machte aber zur Bedingung, daß alle Parteien sich vorher verpflichteten, dafür zu sorgen, daß die Reichstagssitzung nur zu einer gemeinsamen außenpolitischen Kundgebung benutzt würde. Dieses Versprechen war jedoch nicht von allen Fraktionen zu verlangen.

Staatssekretär **Pünder** hatte vor der Entscheidung über die Anträge nocheinmal die **Stellungnahme der Reichsregierung** dahin präzisiert, daß der Zusammentritt des Reichstages nicht vor dem vom Parlament selbst in Aussicht genommenen 23. Februar erfolgen solle. Eine vorzeitige Einberufung sei unerwünscht; die Gründe dafür ergäben sich insbesondere auch aus dem WTB.-Interview des Reichskanzlers. Staatssekretär Pünder machte jedoch den Vorbehalt, daß die Reichsregierung sich erneut an den Reichstagspräsidenten wenden werde, wenn sich in der Zwischenzeit aus besonderen Umständen die Notwendigkeit ergäbe, den Reichstag vorzeitig einzuberufen. Das könnte z. B. für die Festsetzung des Termins für die Präsidentenwahl der Fall sein.

In der Aeltestenratsitzung waren mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei alle Fraktionen vertreten. Der Führer der Deutschen Volkspartei **Dingeldey** hatte die Stellungnahme seiner Fraktion dem Präsidenten Löbe in folgendem Schreiben mitgeteilt:

„Da die Mehrheitsverhältnisse im Aeltestenrat in der Frage der Einberufung des Reichstages wiederholt festgestellt sind und sich nicht geändert haben, hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei keinerlei Interesse an der Beteiligung an der Diskussion und Behandlung von kommunistischen Anträgen, zumal die parlamentarische Stellung der Reichstagsfraktion gegenüber der gegenwärtigen Regierung bekannt ist."

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei, die vormittags im Reichstage zu einer Sitzung zusammengetreten war, unterbrach ihre Beratungen während der Verhandlungen des Aeltestenrats.

Wichtige Vorlagen in der nächsten Reichsratssitzung

Berlin, 12. Jan. Der Reichsrat ist zu seiner nächsten Plenarsitzung für Donnerstag, den 14. Januar, einberufen worden. Von den Vorlagen, die dem Reichsrat unterbreitet werden, seien erwähnt der Bericht des Rechnungshofes des Deutschen Reiches über die Prüfung der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, die Vorlage über die Zulassung ausländischer Landarbeiter im Jahre 1932, der Entwurf einer Bekanntmachung der neuen Fassung des Umsatzsteuergesetzes, die Verordnung über die Offenlegung der Einheitswerte, die Einsprüche gegen die auf den 1. Januar 1931 festgesetzten Steuerkurse für in- und ausländische Wertpapiere usw.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Kabinettskrise in Paris

Paris, 12. Jan. Ministerpräsident Laval hatte heute vormittag die angekündigte Unterredung mit Außenminister **Briand**. Er gab im Anschluß folgende **Erklärung** ab: „Ich hatte eine sehr freundschaftliche Aussprache mit Briand. Wir sind in allen Fragen einig gewesen. Ein Kabinettsrat tritt in einer halben Stunde zusammen." Es ist bisher nicht bekannt geworden, wie Briands Antwort gelautet hat und in welchem Sinne die Erklärung Lavals zu deuten ist.

Die französischen Minister stellen ihre Portefeuilles zur Verfügung

Paris, 12. Jan. Ueber den Kabinettsrat gab Ministerpräsident **Laval** folgendes Communique aus:

Der Ministerpräsident hat seine Kollegen über die Lage unterrichtet und seinem Willen Ausdruck gegeben, am Vorabend der wichtigen internationalen Konferenz sämtliche Regierungsparteien an der Leitung der Geschäfte zu beteiligen. Der Kabinettsrat stimmte einmütig zu. Um dem Ministerpräsidenten volle Aktionsfreiheit zu verschaffen, haben die Minister und Unterstaatssekretäre ihm ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt.

Havas über den Rücktrittsbeschluß der französischen Minister

Paris, 12. Jan. Den Beschluß der Minister und Unterstaatssekretäre, Ministerpräsident Laval ihre Portefeuilles zur Verfügung zu stellen, legt Havas dahin aus, daß **nicht die Gesamtdemission des Kabinetts daraus folge.** Diese könnte praktisch erst in Frage kommen, wenn die Verhandlungen Lavals mit den Führern der verschiedenen „Regierungsparteien" die Bildung des Kabinetts auf verbreiterter Grundlage möglich erscheinen lassen. Laval werde namentlich mit dem Führer der Radikalen, **Herriot**, dessen Mitwirkung er zu erlangen wünscht, verhandeln. Sollte die Besprechung ergebnislos verlaufen, dann würde Laval sich zweifellos veranlaßt sehen, die meisten seiner bisherigen Mitarbeiter beizubehalten.

*

Briand beteiligt sich an der neuen Regierung nicht mehr

T.U. **Paris**, 12. Jan. Wie in gutunterrichteten Kreisen verlautet, haben die Aerzte aufgrund der Dienstag vormittag vorgenommenen Untersuchung Briand jede weitere politische Tätigkeit abgeraten. Briand hat darauf beschlossen, in der neuen Regierung keinen Ministerposten zu übernehmen. Er hat auch das Angebot Lavals abgelehnt, Frankreich im Völkerbundsrat zu vertreten. Nach Vollendung der Bildung des neuen Kabinetts wird sich Briand sofort auf seinen Landsitz begeben und damit dem politischen Leben für einige Zeit vollkommen den Rücken kehren.

Die neuen Postgebühren ab 15. Februar

1. Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Pf., über 20 bis 250 Gramm 25 Pf., über 250—500 Gramm 40 Pf.
2. Postkarten im Fernverkehr 6 Pf.
3. Pakete. Bei Nichtabholung tritt eine Zustellgebühr von 15 Pf. für jedes Paket hinzu, die auch vom Absender vorausbezahlt werden kann. Der Freimachungszwang für Postpakete wird gleichzeitig aufgehoben, für nichtfreigemachte Pakete bis 5 Kg. einschließlich wird neben dem Fehlbetrag ein Gebührenzuschlag von 10 Pf. nacherhoben.

Für Pakete	Gebühr 1. Zone bis 75 Km.	2. Zone üb. 75 b. 150 Km.	3. Zone üb 150 b. 375 Km.	4. Zone üb 375 b. 750 Km.	5. Zone über 750 Km.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
bis 5 Kg.	—.30	—.40	—.60	—.60	—.60
über 5— 6 Kg.	—.35	—.50	—.80	—.90	1.—
über 6— 7 Kg.	—.40	—.60	1.—	1.20	1.40
über 7— 8 Kg.	—.45	—.70	1.20	1.50	1.80
über 8— 9 Kg.	—.50	—.80	1.40	1.80	2.20
über 9—10 Kg.	—.55	—.90	1.60	2.10	2.60
über 10—11 Kg.	—.65	1.05	1.80	2.35	2.90
über 11—12 Kg.	—.75	1.20	2.—	2.60	3.20
über 12—13 Kg.	—.85	1.35	2.20	2.85	3.50
über 13—14 Kg.	—.95	1.50	2.40	3.10	3.80
über 14—15 Kg.	1.05	1.65	2.60	3.25	4.10
über 15—16 Kg.	1.15	1.80	2.80	3.60	4.40
über 16—17 Kg.	1.25	1.95	3.—	3.85	4.70
über 17—18 Kg.	1.35	2.10	3.20	4.10	5.—
über 18—19 Kg.	1.45	2.25	3.40	4.35	5.30
über 19—20 Kg.	1.55	2.40	3.60	4.60	5.60

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[3

„Verzeih, Vater, du erwähnst bereits zum zweiten Male meine Heirat. Ich wüßte jedoch nicht, wen ich heiraten sollte. Ich liebe niemand und kenne kaum ein paar junge Herren, die sich übrigens wohl dafür bedanken würden, in unsere armseligen Verhältnisse einzuheiraten."

„Wie klug du bist, Elme."

Es klang beißender Spott durch die Worte. Elme lehnte noch immer aufrecht und ruhig am Kamin. Diese scheinbare Ruhe brachte Herrn von Dörring außer Fassung. Er griff nach der Flasche, die unweit von ihm stand, und nahm einen kräftigen Zug. Gleich aus der Flasche! Und sein schönes Kind blickte auf ihn wie auf einen Fremden.

„Was starrst du mich so an, he? Gefalle ich dir nicht? Kann's nicht ändern, Elme. Bedanke dich bei dem Schuft da drüben, der mir Hab und Gut genommen hat."

Trotzdem Elme ganz genau wußte, wen er meinte, fragte sie:

„Wen meinst du, Vater?"

„Dietrich von Rheinsbergh! Wer soll es denn sonst sein? Er, nur er, der an allem schuld ist. Er stahl mir die Liebe meiner Frau und er stahl mir das Schloß meiner Väter."

Er stierte vor sich hin, griff rein mechanisch nach der Flasche, um sie doch im nächsten Augenblick von sich zu schieben.

„Ich hab' mich betäubt, Elme! Kannst du das nicht begreifen?"

„Nein, Vater! Warum hast du nicht lieber den falschen Freund zur Rechenschaft gezogen? Das hätte ich begreiflich gefunden, das andere nicht!"

Er schwieg und warf ihr einen bösen Blick zu.

„Dietrich von Rheinsbergh ist ein guter Mensch." Elme hörte ganz deutlich diese Worte, trotzdem sie nur wie ein Hauch an ihr vorübergeglitten waren.

Und da richtete sie sich auf. Sie wußte auf einmal, daß, wenn man ihr jetzt Nachteiliges von Dietrich von Rheinsbergh erzählte, daß man dann auch die Mama mit verunglimpfte! Das durfte nicht sein, denn niemals hatte ihre sanfte, schöne Mama etwas getan, was das Licht des Tages zu scheuen hatte.

„Du sollst alles wissen, Elme, und dann wirst du mich begreifen. Und dann wirst du auch begreifen, daß du dich reich verheiraten mußt, um uns den alten Glanz wieder zu verschaffen."

Elme schwieg. Doch in ihr drängte alles der Erzählung des Vaters entgegen. Nur ihn jetzt nicht durch Widerspruch reizen, damit sie endlich einmal die Tragödie der Vergangenheit erfuhr, die Schloß Werdenberg in sich barg.

Und der Vater sprach:

„Ich war ein eleganter Kerl damals, als ich deine Mutter kennenlernte. Maria glaubte an meine Liebe. Ich — es ist ja schon alles gleich — ich will bei der Wahrheit bleiben: ich habe Maria nur um ihres Geldes willen genommen. Sie kam nach Werdenberg, und es gab ein glänzendes Leben. Meine Eltern lebten damals noch und verhätschelten die reiche Schwiegertochter, die so lieb und anspruchslos war, und sie führten mir mein Glück alle Tage in beweglichen Worten vor. Ich sah das aber damals noch nicht ein und glaubte, daß das Glück ganz auf Marias Seite war, die durch mich eine Frau von Dörring geworden war, während sie früher nur den simplen Namen Maria Osten trug. Genug davon! Ich — ich liebte damals noch die schöne Tänzerin Imme Boder und glaubte mich meiner Frau sicher."

Er machte eine Pause, sah zu Elme hin, die ihn mit ihren großen, schönen und rätselhaften Augen unverwandt ansah. Herr von Dörring fuhr dann fort:

„Damals war Herr — — ja, dieser Herr von Rheinsbergh war mein bester Freund! Er machte mir mehrere Male Vorhaltungen über meinen Lebenswandel und wir entfremdeten uns immer mehr, weil ich einen Tadel nicht vertrug. Er kam nicht mehr so oft nach Werdenberg, aber doch noch ab und zu. Du warst ungefähr zehn Jahre alt, als ich eine Entdeckung machte. Ich hatte damals toll gewirtschaftet. Meine Eltern waren tot, und deine Mutter hatte sich mir gänzlich entzogen. Wir lebten fremd nebeneinander dahin. Und zwischen uns warst du! Ich liebte dich, aber es wäre mir lieber gewesen, du wärest ein Junge gewesen. Nun, das war nicht zu ändern. Aber du wehrtest dich gegen meine Zärtlichkeiten, wie sich deine Mutter gegen mich wehrte, und da habe ich euch beide gemieden. In der Welt draußen fand ich, was man mir daheim vorenthielt. Ja, und da machte ich eine Entdeckung!

Deine Mutter traf sich heimlich mit Dietrich von Rheinsbergh! Ich wurde plötzlich nüchtern. Erwachte aus dem Taumel, den die Welt mit ihren Freuden um mich gebreitet hatte. Ich wußte plötzlich, daß es etwas zu verlieren gab für mich, etwas, das unersetzlich war. Aber ich hatte es schon verloren. Rheinsbergh hatte es verstanden, das Herz und die Liebe deiner Mutter zu gewinnen. Er hatte noch mehr getan: Alle Wechsel, die von mir im Umlauf waren, hatte er an sich gebracht, und nun hatte er mich in Händen. Ja, ich hatte die beiden also überrascht!"

Wieder schwieg er eine Weile, drehte sich mehr dem Fenster zu, um dem Blick der großen, dunkelblauen Mädchenaugen zu entgehen. Dann sprach er weiter.

„Sie saßen beisammen und flüsterten. Da hab' ich mich auf die zwei gestürzt. Rheinsbergh war der Stärkere. Sein Faustschlag hat mich zu Boden geworfen. Und deine Mutter sah zu. In ihren Augen las ich Ekel und Entsetzen, und beides galt mir. Nur mir!"

Eine klare, unbewegte Mädchenstimme fragte vom Kamin her:

„Und was tatest du, Vater? Du, ein Dörring?"

„Nichts! Ich hatte keine Lust, mich von ihm auch noch kaputtschießen zu lassen. Und — es wußte ja auch keiner außer uns. Aber ich trieb es dann toller denn je, trieb es auf die Spitze. Es hat sich keiner um mich gekümmert. Die Freunde, die Dienerschaft, alle hielten sie zu deiner Mutter. Ich stand allein!

(Fortsetzung folgt.)